

Uhlig, Christian

Article — Digitized Version
Kostspielige Arabesken

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Uhlig, Christian (1967) : Kostspielige Arabesken, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 47, Iss. 7, pp. 329-330

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/133732>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kostspielige Arabesken

Der dritte arabisch-israelische Konflikt hat vor allem Ägypten und Jordanien, aber auch Syrien, hart getroffen. Tausende von jungen Menschen sind umgekommen, Armeen und Ausrüstungen, deren Wert in die Milliarden ging, wurden zerschlagen, erhebliche Teile arabischen Landes sind von Israel besetzt worden, und die direkt beteiligten arabischen Länder stehen vor dem totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch. Die wirtschaftlich wichtigsten Landesteile Jordaniens, die die Lebensfähigkeit des Staates durch gute landwirtschaftliche Erträge und Touristeneinkünfte sicherten, sind in den Händen des Gegners, und das Land mußte dazu noch ein Heer von Flüchtlingen aufnehmen und versorgen. In Ägypten war die wirtschaftliche Lage bisher schon höchst prekär. Die Rüstungsanstrengungen und der Jemen-Krieg sowie die forcierte industrielle Entwicklung hatten eine Devisenknappheit im Gefolge, die bereits vor dem Konflikt dazu führte, daß infolge fehlender Importe von Ersatzteilen Fabriken geschlossen wurden und der letzte Wirtschaftsplan praktisch aufgegeben werden mußte. Der Internationale Währungsfonds verweigerte wegen der hohen Auslandsverschuldung und der kaum auf die Beseitigung der Ungleichgewichte ausgerichteten Wirtschaftspolitik die Gewährung eines Devisenkredits. Das riskante politische Spiel Nassers, das nun mit dem Verlust des hohen Einsatzes in der Wüste von Sinai endete, hat die wirtschaftliche Misere auf den Höhepunkt getrieben und der Entwicklung des Landes unabsehbaren Schaden zugefügt. Die Sperre des Suezkanals kostet Ägypten täglich fast 3 Mill. DM an Devisen, und das Versiegen des Touristenstromes bringt weitere erhebliche Ausfälle. Syrien hat Teile seines Gebietes verloren, und auch im Libanon, dem Handels- und Finanzzentrum des Nahen Ostens, gehen die Geschäfte schlecht. Israel kostete der Krieg ebenfalls große Summen. Allein für die Mobilisierung der Armee rechnet man mit mehreren Millionen DM pro Tag. Zudem ist das Flüchtlingsproblem für alle Kriegsbeteiligten wieder besonders akut geworden.

Nun wird der verlorene militärische Krieg mit wirtschaftlichen Waffen weitergeführt. Öl- und Warenboykott, Schließung des Suezkanals, Abzug der Pfundguthaben arabischer Ölscheiche aus London und schließlich Nationalisierung von Einrichtungen und Konzessionen der internationalen Ölgesellschaften heißen die Druckmittel, mit denen man die westlichen Handelsnationen den Wünschen Arabiens gefügiger zu machen hofft. Sicherlich werden dadurch besonders für die Wirtschaften der europäischen Industrieländer und für den gesamten Welthandel ernst zu nehmende Schwierigkeiten heraufbeschworen. Die Ölversorgung Westeuropas, die immerhin zu 76 % aus arabischen Quellen gedeckt wird, könnte durch ein geschlossenes Embargo empfindliche Störungen erleiden. Die Tankerfrachtraten stiegen denn auch sprunghaft an, und die inländischen Benzinpreise dürften ihren Höhepunkt noch nicht erreicht haben. Allerdings scheint dank der besseren Vorratshaltung die Ausgangslage am Ölmarkt heute weit besser zu sein als 1956. Die Drohung der Pfundabzüge macht die Londoner City nervös, und die Sorge um die Berücksichtigung der Ölinteressen wird die politischen Schritte, besonders der angelsächsischen Länder, sicherlich noch vorsichtiger werden lassen. Durch die Schließung des Suezkanals werden die europäischen Ex- und Importeure wie auch die Linienreedereien unangenehme Einbußen hinnehmen müssen. Aber auch für die Länder am Indischen Ozean gibt es erhebliche negative Wirkungen. Indien mußte sich zum Beispiel schleunigst nach neuen Möglichkeiten für die Sicherung seines Getreidebedarfs umsehen.

Können derartige Pressionen jedoch die politische Lage der arabischen Staaten wirklich entscheidend verbessern? Es scheint, daß sie die Anpassungs- und Dispositionsfähigkeit der Industrieländer weit unterschätzen. Gerade wirtschaftlicher

Druck läßt hier oft ungeahnte Initiativen und Alternativen entstehen, die alle dem Status quo entsprechenden Berechnungen über den Haufen werfen. Dagegen sind die Verluste, die den arabischen Ländern durch solche Maßnahmen entstehen, so groß, daß die Weisheit dieses Boykottentschlusses sehr in Frage gestellt werden muß. Das Oilembargo kostet den Irak allein 30 Mill. DM, Libyen sogar über 40 Mill. DM pro Woche, und Saudiarabien hat dadurch fast 140 Mill. DM verloren. Mit den Einbußen auf Grund der Sperrung des Suezkanals dürften die negativen wirtschaftlichen Folgen des Krieges schnell die rein militärischen Kosten übersteigen.

Die Boykottländer sollten aber auch die drohenden langfristigen Auswirkungen ihrer Politik bedenken. Jeder Boykott führt bei den Betroffenen schnell zu Überlegungen, wie man die wirtschaftliche Abhängigkeit von den unzuverlässigen Handelspartnern beseitigen kann. Folglich wendet man nun in den Industrieländern den Substitutionsmöglichkeiten für Handelswege, Brennstoffe und sonstige Rohstoffe und Güter ein verstärktes Augenmerk zu. Der Präsident der britischen Schifffahrtskammer hat ernsthaft gefordert, sich vom Suezkanal unabhängig zu machen. Der Ausbau der Kap- und der Eismeerroute, Pläne für den Neubau eines Konkurrenzkanals, die Verbesserung der Landverbindungen, wie der Bahnlinie Türkei — Iran — Pakistan, oder der stärkere Einsatz von Luftfracht gewinnen an erheblichem Interesse. Dem Tankerbau für Größen bis zu 200 000 t eröffnen sich reale Chancen. Schon 1966 wurden 10 % des Nahostöls um das Kap gefahren. Auch die Bemühungen um die Diversifizierung von Erdölproduktion und -bezug wie auch um die verstärkte rationelle Verwendung eigener Energiereserven von der Kohle bis zum Atomstrom werden sich erhöhen, so daß für die arabischen Erdölländer durchaus die Gefahr besteht, etwas von ihrem Marktanteil zu verlieren. Schließlich ist eine willkürliche Behinderung der internationalen Schifffahrtswege sicherlich der von den Entwicklungsländern immer wieder geforderten Verbesserung der Weltarbeitsteilung zu ihren Gunsten gar nicht dienlich. Aus all diesen wirtschaftlichen Gründen wären die arabischen Länder im eigenen Interesse gut beraten, die untauglichen Boykottmaßnahmen aufzugeben.

Im übrigen sollte von den kriegführenden Ländern ein weiterer Gesichtspunkt berücksichtigt werden. Der Sache der Entwicklungsländer wird durch solche kriegerischen Aktionen wahrlich nicht gedient: denn die Verschleuderung der knappen wirtschaftlichen Güter dokumentiert nicht gerade, daß es diese Länder mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der notwendigen Verminderung der Armut ihrer Bevölkerung wirklich ernst meinen. Nicht nur, daß die Länder selbst nur ärmer werden; auch die Bereitschaft in den Industrieländern, sich finanziell wie personell stärker am wirtschaftlichen Aufbau der bedürftigen Länder zu beteiligen, wird geschwächt. Die politischen Risiken von Auslandsinvestitionen werden noch schärfer in Betracht gezogen werden. Wieder fühlen sich diejenigen Gruppen bestätigt, die nicht müde werden, darauf zu verweisen, daß Entwicklungshilfe keine so wichtige Priorität haben könne, wie es die Statistiken über den Hunger und die Armut glauben machen wollen. Rationale ökonomische Gegenargumente sind durch den Hinweis auf die Verantwortungslosigkeit, mit der die Politiker mancher Empfängerländer agieren, leicht ad absurdum zu führen. Die Überzeugung, daß auch in Entwicklungshilfefragen der Politik das Primat gehört und sich alles ihren Denkkategorien unterzuordnen habe, wird nur weiter gestärkt.

Die wenig konstruktive Politik und die Bedenkenlosigkeit, mit der wirtschaftliche Boykottmaßnahmen angewandt werden, könnte schließlich auch diejenigen, die bisher Verständnis für die arabischen Probleme gezeigt haben, zu der Schlußfolgerung bringen, daß Israel — auch wenn nicht alle Maßnahmen von gestern und heute zu billigen sind — mit seiner Politik des „fait accompli“ logisch operiert. Denn offensichtlich sind die arabischen Staaten nur durch energischen Gegendruck zu einer realistischen Einschätzung der Lage zu bewegen. Die arabische Welt sollte bei allem bedenken, daß sie durch Haß, Feindschaft und das Vertrauen in falsche Freunde viel aufs Spiel setzt und dabei ist, all ihren „good will“ zu verspielen, daß sie dagegen durch eine echte Kooperation — schließlich auch mit den ehemaligen Gegnern — auf lange Sicht sowohl politisch wie wirtschaftlich alles gewinnen kann.

Christian Uhlig